Ä-K22-238 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 7:
~~Brandenburg ist nicht reich an Bodenschätzen.~~ Der Bedarf an Kies, Sand oder Kupfer steigt ~~aber weltweit~~weltweit, Brandenburg ist davon durch den Bauboom in Berlin besonders betroffen. Das macht auch kleinere Vorkommen für Unternehmen attraktiv. ~~Wir~~Auch wenn wir, wo es möglich ist, auf andere Bau- und Rohstoffe oder Wiederverwendung setzen, verschließen wir uns ~~ihrer~~der Förderung nicht grundsätzlich, denn heute werden Bodenschätze in der Regel ohne Nachfrage nach ihrer Herkunft und den hiermit verbundenen Umwelt- und Menschenrechtsproblemen importiert. Nicht zuletzt der Blick auf die Verwüstung durch den Braunkohletagebau in der Lausitz ~~macht~~oder die riesigen Kiesabbaugebiete an der Elbe machen aber deutlich, dass es klare ökologische und an Nachhaltigkeit ausgerichtete Grenzen bzw. Kriterien geben muss, unter denen Rohstoffe gefördert werden dürfen. Dass in manchen Ecken Brandenburgs diskutiert wird, dass Wald und Schutzgebiete dem Kiesabbau weichen sollen, ist angesichts der Klimakrise absurd. Wir wollen Bodenschätze nicht um jeden Preis, sondern nur nach den höchsten Standards fördern lassen. Die Förderabgabe des Landes wollen wir für alle Rohstoffe, auch für Kupfer, einführen beziehungsweise schrittweise erhöhen.

Die größte Stellschraube bei der Förderung von Bodenschätzen ist jedoch das Bundesbergrecht. Auch wenn der Braunkohleabbau enden wird, ist damit nicht die Förderung von Rohstoffen in Brandenburg beendet. Brandenburg muss sich gegenüber dem Bund dafür einsetzen und konkrete Vorschläge unterbreiten, dass das Bergrecht wie angedacht endlich reformiert wird damit Klimaschutz, Umweltschutz und die Anliegen der Betroffenen nicht mehr anderen Interessen untergeordnet werden.

Begründung

Das Bundesbergrecht ist die wichtigste Stellschraube in dem Bereich. Das BMWK arbeitet bereits an Eckpunkten. Es braucht Druck aus den betroffenen Ländern, dass das umgesetzt wird. Da es für unser Bundesland eine wirklich große Relevanz hat, sollten wir an dieser Stelle ausnahmsweise eine Forderung an den Bund mit aufnehmen.